

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche und der Staat in Portugal

Gewiß ist Portugal eine Kreuzzugsgründung und der Christusorden seit sechseinhalb Jahrhunderten seine höchste Auszeichnung. Dennoch wird man dort vergeblich einen leidenschaftlichen, kämpferischen Katholizismus wie in Spanien suchen. Auch im Umgang mit Gott ist der Portugiese auf Moll abgestimmt. Da er mehr fühlt als denkt, glaubt er vielleicht mehr an die Gottesmutter und die Heiligen als an den dreifaltigen Gott. Er sieht in der Kirche betont das Äußerliche, Festliche, Prunkvolle. Es sind ihm viele alte Gebräuche seiner keltischen, germanischen, romanischen, arabischen und jüdischen Vorfahren geblieben und haben seinen Glauben mit mancherlei Aberglauben durchsetzt. Und dann ist ihm die französische Aufklärung gerade mit ihren antikirchlichen Resentiments tief in die Seele gefahren und wurde ihm von Staats wegen noch zwei Jahrhunderte lang indoktriniert. Dem Portugiesen fehlt die französische Rationalität, die solche Affekte entweder zu einer klaren Entscheidung führen oder menschlich ins Gleichgewicht bringen kann, und so ist ein vager antikirchlicher Liberalismus geblieben, der zu der unbestrittenen Glaubenssubstanz in einem für den Außenstehenden unerklärlichen Widerspruch steht und der sich selbst noch in der Haltung Salazars auswirkt.

1910: *Triumph des Kirchenhasses*

Die Trennung von Kirche und Staat erfolgte ebenso radikal wie gewaltsam als eine der ersten Maßnahmen der Republik von 1910 (dem einzigen wirklich hundertprozentig freimaurerischen Staat, den es jemals in der Welt gab). Der katholischen Kirche wurde jede Rechts- hoheit aberkannt, die Orden und Klöster und die Theologische Fakultät Coimbra wurden aufgehoben, der Religionsunterricht, die religiöse Eidesformel und die katholischen Feiertage abgeschafft, die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl abgebrochen, die kirchlichen Seminarien und alles kirchliche Eigentum der Staatsaufsicht unterstellt. Den Soldaten war jede Teilnahme an religiösen Veranstaltungen verboten. Was dieses Freimaurerregime in einem Jahr vollbrachte, dazu benötigt sogar der Kommunismus in seinen Ländern ein Jahrzehnt! Höchst aufschlußreich ist es aber dabei, daß die meisten dieser Bestimmungen ausschließlich für das Mutterland galten; in den Kolonien sollte das Missionswerk, dessen Übernahme durch den Staat nur eine riesige Aufgabe und Last gewesen wäre, ausdrücklich weiterlaufen.

Die portugiesische Kirche des 19. Jahrhunderts hatte keine Erneuerungsbewegung erlebt wie die französische, deutsche oder englische. Der hohe Klerus war allzu eng an eine verfallende Monarchie gebunden, der unzureichende niedere Klerus war ungebildet und passiv. Eine eigene Initiative unter den Laien gab es überhaupt nicht. So traf die Kirchenverfolgung des Jahres 1910 auf einen anämischen Katholizismus und erreichte ihr Ziel, fast ohne auf Widerstand zu stoßen.

1917: *Fátima*

In diese Situation eingebettet muß man sich die Erscheinungen des Jahres 1917 in der unwirtlichen Sandmulde

von Iria vorstellen. Wir verlassen gewiß nicht (wie es im katholischen Denken häufig der Fall ist) vorschnell den innerirdischen Bereich der Zeitgeschichte, wenn wir die Ereignisse von Fátima an dieser Stelle nennen. Die portugiesische Kirchengeschichte, aber auch die portugiesische Staatsgeschichte des 20. Jahrhunderts ist ohne die dort in Gang gekommene Bewegung kaum denkbar. „Die Erscheinungen von Fátima haben in der Entwicklung einer religiösen Neugeburt wohl eine wesentliche Rolle gespielt“ (Informations Catholiques Internationales, 15. 2. 57). Kein anderes Ereignis hätte das katholische Volk in gleicher Weise aus seiner Lethargie aufwecken können. Dieser Aufschwung erreichte alle Bereiche des kleinen Landes, auch etwa das „Akademische Zentrum der christlichen Demokratie“ (CADC), in dem der jetzige Ministerpräsident Salazar und sein gleichaltriger Studienfreund, der jetzige Lissabonner Kardinalpatriarch Cerejeira, publizistische Führungsstellen übernahmen.

Kardinal Cerejeira äußerte später: „Jene, die vor einem halben Jahrhundert die Axt der Verfolgung an den alten Baum legten, in dessen Schatten sich alle sammelten, die da glaubten, hofften und liebten — jene werden niemals verstehen, wie dieser alte Strunk wieder grün geworden ist, Zweige, Blüten und Früchte getrieben und seine Kinder wieder bedeckt hat . . . Was in Portugal geschehen ist, ist das Vorzeichen von dem, was das Unbefleckte Herz Mariens für die Welt vorbereitet.“

Aufschwung an Priesterberufen

An Ordensmitgliedern hatte es zum Zeitpunkt der Erscheinungen von Fátima im ganzen Land höchstens noch ein paar Dutzend gegeben: ihre Zahl ist seither auf etwa 1200 männliche Ordensmitglieder und 5000 Ordensschwwestern angewachsen. Auch im *Weltpriesterberuf* ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen, doch besteht hier noch ein außerordentlicher Nachholbedarf, da praktisch zwei Generationen fehlen. Im relativen Priesterreichtum steht Portugal innerhalb Europas an letzter Stelle: 4470 Weltpriester und 760 Ordenspriester auf 8 Millionen Katholiken (bei 9 Millionen Einwohnern), das ist im Durchschnitt ein Priester auf 1550 Katholiken (1957). Der Priesterreichtum unterliegt zwischen dem ausgeprägt katholischen Norden und dem „heidnischen“ Süden einer ungeheueren Abstufung: für die Diözesen Braga und Bragança lautet die Verhältniszahl 930, für Beja 4800. (Portugal ist in die drei Kirchenprovinzen Braga, Lissabon und Évora und in insgesamt 17 Diözesen gegliedert.) In manchen Diözesen kommt nur auf jede dritte Kirche ein Priester. — Hinsichtlich *Priesterseminaristen* ist die Lage wesentlich günstiger; hier liegt der Anteil beträchtlich über dem Deutschlands und Österreichs (vgl. Soziographische Beilage Nr. 2, Herder-Korrespondenz 9. Jhg., nach S. 360).

Katastrophale Entchristlichung

Die ziemlich eingehend vorliegenden Zahlen über die *religiöse Praxis* des Landes zeigen freilich: der Prozeß der Entchristlichung ist in Portugal — und gerade auf dem Land — so weit fortgeschritten, daß auch die positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte nur eine Minderheit

erreichte. „Die Apostasie der portugiesischen Volksmassen hat ein nahezu katastrophales Ausmaß erreicht“ (Informations Catholiques Internationales, a. a. O.). Im Patriarchat Lissabon praktizieren nur 17% der Bevölkerung (9% Männer, 20% Frauen, 30% Kinder), wobei die Anteile von Pfarrei zu Pfarrei zwischen 6 und 39% schwanken. In der südlichsten Diözese, Faro, praktizieren 8%, in der Bischofsstadt selbst 15%. Von 2500 befragten Jungarbeitern erklärten 94%, daß ihr Vater, und 72%, daß ihre Mutter religiös abständig sei.

Eines der Hauptprobleme der portugiesischen Kirche ist das *Schulwesen*. In den Primar- und Sekundarschulen fehlen die Priester für einen ausreichenden Religionsunterricht, so daß die im Konkordat gebotene Chance nur zum kleinen Teil ausgenutzt werden konnte. Auf den Universitäten konnte die Katholische Aktion trotz ausgedehnter Bemühungen nur eine kleine Minderheit von Studenten für einen aktiven Katholizismus gewinnen. Bei der Mehrheit und im ganzen Universitätsmilieu einschließlich der Professorenschaft herrscht noch ein ausgeprägter Laizismus und Antiklerikalismus. Pläne für eine Katholische Universität wurden deshalb mehrmals ausgesprochen und wären auch verfassungsrechtlich realisierbar (vgl. unten). Im übrigen entbehrt der portugiesische Katholizismus auch heute noch drei Dinge, deren Bedeutung erst dort ganz ersichtlich wird, wo sie fehlen: ein kirchliches Vereinswesen, eine soziale Bewegung, eine liturgische Bewegung. Die guten Erfolge der Katholischen Aktion können diesen geschichtlichen Mangel nur teilweise wettmachen.

„Katholische Diktatur“?

Professor Theodor Eschenburg nannte in einem Artikel „Die europäischen Demokratien zwischen den beiden Weltkriegen“ (Beilage zu „Das Parlament“, 12. 2. 58) das portugiesische Staatswesen eine „katholische Diktatur“. Er meinte damit offensichtlich nicht die Diktatur eines Katholiken oder in einem katholischen Volk, sondern eine vom Katholizismus (um nicht zu sagen: von der katholischen Kirche) wesensmäßig getragene Diktatur. Die folgenden Tatsachen mögen die Leichtfertigkeit dieses Vorwurfs im einzelnen beleuchten.

Salazar ist, wie in einem vorausgehenden Beitrag (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 306) schon ausgesprochen, kein eigentlicher Politiker, sondern ein Wissenschaftler. Dennoch war er nicht völlig ohne politische Betätigung geblieben. Als Student war er einer der Wortführer des „Akademischen Zentrums der christlichen Demokratie“. Als 1917 das „Katholische Zentrum“ als politische Organisation der Katholiken zum Kampf für die Rechte der Kirche gegründet wurde — unter Distanzierung von den radikalen Monarchisten und unter Hintanstellung der Frage der Staatsform —, beteiligte er sich auch darin und wurde 1921 in einem der Wahlkreise zum Abgeordneten gewählt.

Von den Ideen einer „christlichen Demokratie“ ist freilich bei Salazar kaum mehr etwas geblieben. Nach der Übernahme der Regierungsgewalt löste er das Katholische Zentrum ebenso radikal auf wie die Parteien der Sozialisten oder Kommunisten, ja er hielt es sogar noch für ein Hindernis in seiner Politik: „Das sogenannte Katholische Zentrum als unabhängige Arbeitsgemeinschaft katholischer Politiker steht der Diktatur nun nachgerade im Wege; sie muß es durch überlegene Führung der Staats-

geschäfte überflüssig machen“ (1932). An anderer Stelle erklärte er von Anfang an: „Es ist wohl allen klar, daß die Trennung zwischen Kirche und Staat eine Gegebenheit unseres staatlichen Lebens ist . . . Besonders in einem Lande wie dem unseren mit alter katholischer Tradition, aber auch mit ziemlich verschwommener Religiosität führt politische Betätigung der Kirche und der Geistlichkeit nur zu ernstesten Reibungen und zu einem Mißtrauen, die ihrem rein seelsorgerischen Wirken nur zum Nachteil gereichen können . . . Konfessionelle Ziele verfolgt der Staat nicht; infolgedessen kann auch die katholische Religion nicht als Staatsreligion bezeichnet werden.“

Gewiß stellte Salazar die Freiheit der Kirche wieder her, aber als der Repräsentant eines Staates, der der Kirche als Macht gegenübersteht und ihr ihre Grenzen anzuweisen gedenkt — Grenzen, die möglichst nicht über den kultischen Raum hinausgehen sollten. Auch das kirchliche Vermögen wurde nur zum Teil zurückerstattet; so blieb die merkwürdige Erscheinung, daß alte Klosterkirchen wieder in den Besitz der Kirche übergingen, während die zugehörigen Klostergebäude militärische Kasernen geblieben sind.

Gonzague de Reynold (zur Bibliographie vgl. ds. Jhg., S. 305), der das Land 1935 bereiste, beschreibt — wenn auch mit etwas schiefen Folgerungen — das kühle Verhältnis, das damals zwischen Kirche und Staat herrschte. „Wenn das Regime auch der Verfolgung und dem Antiklerikalismus ein Ende gemacht hatte, so hielt es die Trennung aufrecht und schien in keiner Weise beeilt, ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl abzuschließen“ (339).

Das Konkordat von 1940

Erst am 7. Mai 1940 wurde zwischen dem Heiligen Stuhl (vertreten durch Kardinalstaatssekretär Maglione) und der Portugiesischen Republik (vertreten durch den Präsidenten der Korporativkammer, E. A. Marques, den Dekan der Juristischen Fakultät von Coimbra, M. de Figueiredo, und den Gesandten V. F. C. de Quevedo) ein Konkordat unterzeichnet. Der Abschluß krönte die Verhandlungen, die im wesentlichen zwischen Salazar und Kardinal Cerejeira selbst geführt wurden.

Die „Concordata“ regelt auf der Basis sowohl der Trennung wie der absoluten Autonomie die Beziehungen zwischen dem portugiesischen Staat und der katholischen Kirche. Deren Rechtspersönlichkeit wird anerkannt (Art. I), die freie Ausübung ihrer Jurisdiktion und Autorität gewährleistet; der Heilige Stuhl sowie die Ordinarien können frei mit dem Klerus und allen Gläubigen verkehren (Art. II). Die Kirche kann sich ungehindert organisieren und Vereinigungen bilden, denen der Staat Rechtspersönlichkeit zuerkennt (Art. III). Sie kann nach freiem Ermessen Kollekten veranstalten (Art. V).

„Der katholischen Kirche in Portugal wird das *Eigentum* an ihren Gütern gewährleistet, die ihr früher gehörten und sich noch im Besitz des Staates befinden . . . außer denen, die gegenwärtig einem öffentlichen Zweck dienen oder als ‚Nationaldenkmäler‘ oder Immobilien ‚des öffentlichen Interesses‘ bezeichnet werden“ (Art. VI); letztere konnten innerhalb von fünf Jahren als Staatseigentum der Kirche zur ständigen Nutznießung übertragen werden. Gotteshäuser, kirchliche Einrichtungen und Geistliche genießen Steuerfreiheit (Art. VIII).

Alle Bischöfe, Pfarrer, Rektoren und Obere von religiösen Vereinigungen müssen *portugiesische Staatsbürger* sein

(Art. IX). Vor der Ernennung eines Bischofs wird die Zustimmung der Regierung eingeholt („ob Bedenken allgemein politischer Natur bestehen“, Art. X).

„Die Diözesen und Missionszirkumskriptionen erhalten *staatliche Zuschüsse*“ (Art. XXVII). Tatsächlich beschränken sich aber die staatlichen Zuschüsse ausschließlich auf die Missionsarbeit. „Die Kirche in Portugal ist arm, aber in höchstem Maße frei“ (The Commonweal, 30. 5. 58).

Zugesichert wird die freie Ausübung aller Kulthandlungen (Art. XVI); zu Hospizen, Spitälern, Strafanstalten usw. haben die Seelsorger freien Zutritt (Art. XVII). Für die Streitkräfte wird eine *Militärseelsorge* im Rang graduerter Offiziere errichtet (Art. XVIII); die Vereinbarung ist allerdings bis heute nicht verwirklicht (vgl. unten die Stellungnahme Cerejeiras).

Schulwesen und „portugiesische Vaterlandsliebe“

„(1) Die Vereinigungen und Organisationen der Kirche können aus eigenem Antrieb *Privatschulen* nach dem Muster der staatlichen errichten und unterhalten, die den Vorschriften des allgemeinen Rechts und der Staatsaufsicht unterstehen, und sie können unter den gleichen Bedingungen staatliche Zuschüsse und die offizielle Anerkennung erhalten. [Auch diese Möglichkeit konnte bisher nicht realisiert werden.] (2) Der *Religionsunterricht* in Schulen und Privatlehrgängen untersteht nicht der staatlichen Genehmigung und kann nach freiem Ermessen der Kirchenbehörde . . . erteilt werden. (3) Die Gründung von Seminarien oder sonstigen kirchlichen Bildungs- oder Kulturinstituten ist frei. Ihre interne Verwaltung untersteht nicht der Staatsaufsicht . . . Die zuständigen Kirchenbehörden werden beim Unterricht der Spezialfächer, wie dem der Geschichte, echt portugiesische Vaterlandsliebe in besonderem Maße pflegen“ (Art. XX). „Katholischer Religions- und Moralunterricht wird in den Volks-, Aufbau- und Mittelschulen den Schülern erteilt, deren Eltern oder Vertreter nicht um Befreiung davon nachgesucht haben“ (Art. XXI).

Eheschließung und Ausschuß der Ehescheidung

Die Regelung der Eheschließung ähnelt der deutschen, mit dem Unterschied, daß vor der kirchlichen Trauung lediglich das standesamtliche *Aufgebot* vorzuliegen braucht, wobei die zivile Eheschließung durch bloße und nachträgliche Eintragung in das Standesamtsregister zustande kommt (Art. XXII). Die Ehescheidungsgesetzgebung darf von den staatlichen Gerichten nicht auf kirchlich geschlossene Ehen angewandt werden, denn „allein durch die Tatsache der feierlichen kanonischen Trauung verzichten die Ehegatten auf die Möglichkeit, nach Zivilrecht die Ehescheidung zu begehren“ (Art. XXIV). Die Zahl der nichtkirchlichen Eheschließungen liegt im Landesdurchschnitt heute bei 12% (Distrikt Braga 0,05%, Beja 46%).

Stärkere Koordination in den Missionsgebieten

„Dieses Konkordat brachte für die Kirche den ungeheuren Vorzug, daß ihre juristische Situation gegenüber dem Staat klar fixiert und die Lehre der absoluten Unabhängigkeit der Kirche von der politischen Macht offiziell ausgesprochen wurde“ (Informations Catholiques Internationales, a. a. O., vgl. auch eine Stellungnahme Kardinal Cerejeiras, Herder-Korrespondenz 1. Jhg., S. 121 ff.). Am gleichen Tag, dem 7. Mai 1940, wurde auch

ein *Missionsabkommen* (Acordo Missionário) mit ähnlichem, wenn auch stärker detailliertem Inhalt abgeschlossen, das für die überseeischen Provinzen Portugals gilt. Persönliche Gehälter erhalten dort nur die bischöflichen Ordinarien; das Missionspersonal hat Anspruch auf die Reisekosten und ein Ruhegehalt. Die Missionsordinarien „erstatten der Regierung jährlich Bericht über die Missionsbewegung und die äußeren Erfolge der Missionen“ (Art. 18). Das historische Patronatsrecht (*Padroado*, Besetzungs- bzw. Vorschlagsrecht bei teilweiser Unterhaltspflicht) wurde in Indien auf die portugiesischen Besitzungen beschränkt und dafür auf Portugiesisch-Afrika ausgedehnt. Der Erzbischof von Goa hat nur mehr ehrenhalber den Titel „Patriarch von Ostindien“.

Daß Salazar, dem manche einen „verborgenen Antiklerikalismus“ nachsagen, stark versucht ist, die kirchliche Mission als Funktion des portugiesischen Staates zu betrachten, beweist eine Äußerung vom Dezember 1954. Salazar beschuldigte damals die Kongregation De Propaganda Fide, sie demonstriere offen ihre Abneigung gegen das portugiesische Missionssystem (*Padroado*) und sei für den Schaden verantwortlich, den Portugal in seinen indischen Besitzungen erlitten habe. Die englische katholische Wochenschrift „The Tablet“ antwortete darauf aus römischer Sicht in einer ausführlichen und sehr kritischen Stellungnahme.

Kardinal Cerejeira über Kirche und Staat

Die portugiesische Kirche hat die Trennung von Kirche und Staat peinlich genau respektiert. Kardinal Manuel *Gonçalves Cerejeira*, „eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in der Kirche von heute“ (The Commonweal, a. a. O.), betonte u. a. 1947, daß „der Klerus unter dem Regime nicht die geringste staatliche Unterstützung bezieht, keinen politischen Einfluß hat und keine politischen Vorrechte genießt“. Die portugiesische Republik sei das Beispiel eines weltlichen Staates, sogar schon an der Grenze, wo er von der christlichen Offenbarung her noch zu vertreten sei.

Eine grundsätzliche Ansprache über die Kirche in Portugal hielt der Kardinalpatriarch vor dem zu seinem 78. Geburtstag versammelten Klerus am 29. November 1956. Er würdigte eingangs die Befreiung der Kirche im „Neuen Staat“ und die Bedeutung des Konkordats. Er wies die Angriffe zurück, die dagegen vorgetragen werden (ein portugiesischer Universitätsprofessor hatte es als „die Wiedergeburt der Inquisition“ bezeichnet), und faßte zusammen: „Das Konkordat ist das Grundgesetz der religiösen Freiheit und des religiösen Friedens in Portugal. Indem die beiden Bereiche Kirche und Staat in ihrer jeweiligen Kompetenz wohl gekennzeichnet sind, erfüllen sie ihre Zwecke in autonomer Weise, weil jeder in seinem Herrschaftszweig souverän ist und sie sich gegenseitig weder vermengen noch entgegenstehen.“

Das hat seine klaren Konsequenzen für die Haltung zum Regime. „Einige haben behauptet, die Kirche, das heißt die Hierarchie, habe Mitra und Stab auf den Triumphwagen des ‚Neuen Staates‘ gestellt und ihm durch diese Verbrüderung ermöglicht, das Gewicht und Ansehen der Kirche für die Lösung politischer Probleme zu genießen. Ich leugne nicht, daß es Männer der Kirche gegeben hat, die politische Haltungen einnahmen und dabei vergaßen, daß sich Priester besser mit den Dingen Gottes beschäftigen sollten. Aber diese Leute vertreten nicht die Hier-

archie, handelten in eigenem Namen und konnten nicht mit kirchlicher Billigung rechnen... Der portugiesische Episkopat hat sich niemals offiziell über das politische Regime als solches geäußert. Er hat es weder gebilligt noch verdammt... Er überläßt diese Frage, wie es recht und billig ist, dem Gewissen der Bürger. Seiner eigenen Aufgabe getreu, hält er sich über und außerhalb des politischen Lagers der Regimes, Parteien und Organisationen. Er achtet und respektiert freilich, gerade aus Treue zu seiner Aufgabe, die amtierende Regierung... So schafft er geistigerweise die Bedingungen für Ordnung, Arbeit und Frieden; denn ohne ein gewisses Fundament moralischer Grundsätze kann sich eine Regierung höchstens durch Gewalt halten.“

Forderungen der Kirche

Der Patriarch hielt sich das Recht offen, im Namen der Kirche Forderungen zu stellen (ohne daß er zu diesem Zeitpunkt solche mehr als nur andeutete). „Es wäre ein Irrtum, zu meinen, die Lage der Kirche in Portugal sei vollkommen und lasse nichts mehr zu wünschen übrig... Nichts steht dem entgegen, daß das katholische Gewissen die angemessene und friedliche Lösung der Probleme fordert, die im Konkordat nicht in Betracht gezogen waren.“ Als konkreten Punkt nannte er das *Schulwesen*. „Das Privatschulwesen ist hinsichtlich der staatlichen Subventionierung und Anerkennung noch nicht über das Stadium von Projekten hinausgekommen und unterliegt einem Fiskalwesen, das einer absoluten Reglementierung gleicht. In dieser Hinsicht zählt unser Land noch zu den am meisten dem Etatismus unterworfenen: man kann ohne Übertreibung behaupten, daß die Staatsschule die einzige bestehende Schulart ist. Als einzige Schulart respektiert sie weder das Recht der Kirche noch das Recht der Familie...“

Als weiteren unbefriedigenden Punkt nannte der Kardinal die bis heute unregelmäßige *Militärseelsorge*. „Die anderen Nationen diesseits des Eisernen Vorhangs, die alle der erzieherischen und moralischen Funktion der Militärseelsorger große Bedeutung beimessen, können nicht verstehen, daß ein Land, das als katholisch und als ein Verteidiger der christlichen Kultur gilt, keine Militärseelsorge hat.“

Zu den jüngsten Wahlen vom Sommer 1958 gab der Kardinalpatriarch überhaupt keine Stellungnahme ab. Der Primas von Portugal, Erzbischof António B. *Martins Junior* von Braga, veröffentlichte eine Erklärung, in der er die Teilnahme an der Wahl eine soziale, moralische und religiöse Verpflichtung nannte. Die Wähler sollten dabei ihrem Gewissen folgen und für den Kandidaten stimmen, „der durch sein Beispiel und seine Erklärungen zeigt, daß er das materielle, wirtschaftliche und geistige Leben der Nation vorantreiben und dabei vor allem den katholischen Glauben und die katholischen Einrichtungen respektieren wird“.

Der kritische Bischof von Porto

In jüngster Zeit ist vor allem die Kritik des Bischofs von Porto in der ganzen Welt stark beachtet worden. Porto — die Stadt, die dem ganzen Land den Namen gegeben hat und von der aus 1094 Portugals Staatsgeschichte begann — ist neben Lissabon die einzige Großstadt und seit Jahrhunderten der Schwerpunkt des Handelsverkehrs. Es entwickelte schon im frühen Mittelalter ein ausgeprägtes

städtisch-kommunales Eigenleben und war oft der Mittelpunkt unabhängigen, ja rebellischen Geistes. Der Bischof von Porto, Dr. António *Ferreira Gomes* (52 Jahre alt, in der Nähe von Porto geboren und an der Gregoriana auch sozialwissenschaftlich gründlich herangebildet), ist schon mehrmals durch soziale Initiativen hervorgetreten. Auf einer ersten „Woche für Landprobleme“ im Frühjahr 1957 in Fátima erklärte er: „Soziologisch gesprochen, kann unsere Situation nur als *Proletarisierung* gekennzeichnet werden... Wenn man von Proletariat spricht, denkt alle Welt an Industrie, an Städte und Slums... Aber hier ist heute die Proletarisierung eine Allgemeinerscheinung. Wenn wir an unsere Landwirtschaft und unsere dörfliche Welt denken, müssen wir zugeben, daß wir niemals reich waren; aber wir waren ein Volk von Leuten mit gutem Auskommen — jetzt dagegen sind wir ein Volk von Proletariern... In einem Punkt können sich Katholiken und Marxisten treffen — nicht zusammenarbeiten, aber sich treffen — in einer mutigen, unerbittlichen Analyse und Kritik unserer Zeit.“

Einige Monate später, im November 1957, erfolgte in Porto die feierliche Konstituierung der ersten portugiesischen Korporationen. Bischof Gomes zelebrierte vor dem Korporativminister Dr. Veiga de Macedo und einer zahlreichen Prominenz das Hochamt und hatte in seiner Predigt den geradezu brüskierenden Freimut, sich von der Sozialpolitik des Regimes zu distanzieren. Das Korporativsystem stehe schon deshalb zur kirchlichen Soziallehre im Widerspruch, weil es dem Arbeiter die Vereinigungsfreiheit versage.

Der Brief an Salazar

Am 13. Juli 1958 — nachdem Portugal einen stürmischen Wahlkampf erlebt hatte (vgl. ds. Jhg., S. 310) und es sich erwies, daß Salazar den zutage getretenen demokratischen Tendenzen keineswegs durch eine Liberalisierung nachzugeben bereit war, sondern im Gegenteil die Zügel noch schärfer anzog — richtete Bischof Ferreira Gomes einen 24seitigen Brief an den „Herrn Präsidenten des Ministerrates in Lissabon“. Er sprach darin seine große Sorge aus: „Wenn ich nicht denken müßte, daß der Geist des Klassenkampfes und des Hasses sich furchtbar erheben könnte, und wenn ich nicht überzeugt wäre, daß dieser Aufstand aus wesentlichen Fehlern resultierte, könnte ich gewiß ruhig schlafen. Ich fürchte jedoch die Tragik, daß sich die sozialen und politischen Spannungen gefährlich verschärfen.“ Ferreira Gomes betonte mehrmals, daß er als Hirt der Kirche spreche und nur über Dinge urteile, die sie aufs engste betreffe. Die portugiesische Kirche sei dabei, wegen der sozialen Verhältnisse immer breitere Volksschichten zu verlieren, und selbst bei den verantwortungsbewußtesten Jugendführern der Katholischen Aktion melde sich der Geist des Unwillens, ja der Verzweiflung. „Wenn aber die Kirche die Seele des Volkes verliert, wird auch die Nation verloren sein.“

Der Bischof antwortete mit seinem Brief auf die Wahlansprache Salazars vom 31. Mai, gegen deren sozialpolitische Ausführungen er sich „fast ständig gezwungen sah, formellen Widerspruch anzumelden“. „Ich glaube ganz in der Lehre der Kirche zu stehen, wenn ich mich von Ihren Lehren und damit der Basis der Situação distanzieren.“ Gomes scheute sich nicht, einzelne Sätze aus der Rede Salazars zu zitieren und darauf im einzelnen zu erwidern.

Er stellt die Frage, ob dies ein „ausschließlich portugiesisches Privileg“ sei: „bettelnde, barfüßige, kümmerlich in Lumpen gekleidete Menschen, Unterernährung, verschmutzte, blutarme, bleichwangige Kinder“? Er erinnert an das Wort von Durkheim, daß der Kommunismus für die meisten weniger eine Lehre als ein Schmerzensschrei ist. Der portugiesische Arbeiter sehe im Staat den Verbündeten eines paternalistischen Unternehmertums. Tatsächlich habe aber weder der Staat noch der Unternehmer eine gesellschaftliche Erziehungsaufgabe. Der Staat habe überhaupt nur eine Ergänzungsfunktion, und eine Lösung der Fragen „ist nur durch das freie Spiel der sozialen Kräfte zu erwarten“. „Es handelt sich darum, daß die Früchte der gemeinsamen Arbeit gerecht und billig unter den Mitgliedern der Gesellschaft verteilt werden, sowohl unter den Individuen wie in den einzelnen sozialen Sektoren (und hier denken wir vor allem an das Elend der Landarbeiter) . . . Ein überspitztes Finanzsystem, das mit einer despotischen Wirtschaftspolitik (*economismo despótico*) verknüpft ist, kann keinen Erfolg erzielen oder in der Praxis höchstens den einen, daß es die Großen gegen die Kleinen begünstigt und mit der Unterdrückung der Armen endet.“

Fragen an den Staat

Nicht weniger unverblümt äußert sich der Bischof über das Korporativsystem. „Wir müssen offen, vielleicht brutal offen sein: Der portugiesische Korporativismus war wie die anderen Korporativismen der Vergangenheit in Wirklichkeit ein Mittel, um die Arbeiter ihres natürlichen Rechts auf Vereinigungsfreiheit zu berauben, eines Rechts, das ihnen der Liberalismus 1891 nahm und das sie sich später unter Mühe und Blut zurückerobert haben. Und das nennt sich Korporativsystem . . .“ Wie undemokratisch und parteifeindlich ein Staat auch sei, auf den *consensus* seiner Bürger als die Leitidee eines Volkes könne er legitim nicht verzichten. Daß eine solche Zustimmung des Volkes in Portugal vorhanden sei, zweifelt Ferreira Gomes offen an. Auch der vermeintliche Nationalismus („den die *União Nacional* als Minimum von allen verlangt“), kann darüber nicht hinwegtäuschen. „Nationalismus ist im katholischen Vokabular ein mehr als verdächtiges Wort.“

Der Bischof von Porto stellte abschließend dem Ministerpräsidenten folgende vier Fragen:

- „1. Hat der Staat etwas dagegen einzuwenden, daß die Kirche frei und mit allen Mitteln, vor allem durch ihre Katholische Aktion und ihre Presse, ihre Soziallehre zum Ausdruck bringt?
2. Hat der Staat etwas dagegen einzuwenden, daß die Kirche die Katholiken ermächtigt, berät und anregt, daß sie sich in ihrer bürgerlich-politischen Bildung vervollkommen, um sich der gegenwärtigen Probleme der portugiesischen Gesellschaft voll bewußt zu werden und als katholische Staatsbürger die mögliche und nötige Verantwortung übernehmen zu können?
3. Hat der Staat etwas dagegen einzuwenden, daß die Katholiken ihr Programm oder ihre Programme im konkreten *hic et nunc* veröffentlichen und propagieren . . .?
4. Hat der Staat etwas dagegen einzuwenden, daß die Katholiken, wenn und wann sie dies wünschen, ein Minimum an politischer Organisation und Aktion beginnen, damit sie fähig werden, bei den nächsten Legislativwahlen oder wenn sie es für gegeben halten, mit bestimmtem

Programm und eigenen Kandidaten am Wahlkampf teilzunehmen?“

Ein Pamphlet der „Nationalen Union“

Wie dieser Brief auf den Praeceptor Lusitaniae gewirkt haben mag, kann man sich denken, wenn auch über eine Reaktion oder Antwort nichts an die Öffentlichkeit drang. Salazar soll gegen den Brief nicht nur beim Kardinalpatriarchen, sondern auch beim Heiligen Stuhl Beschwerde eingelegt haben. Cerejeira hat sich jedenfalls in seinen nachfolgenden öffentlichen Stellungnahmen nicht von Ferreira distanziert (sich allerdings auch nicht mit ihm identifiziert).

Der Brief an Salazar ging in Kopien lediglich an die übrigen portugiesischen Bischöfe; doch gelangte er durch irgendeine Indiskretion an die Öffentlichkeit und wurde in den folgenden Monaten unter der Hand in Tausenden von Abschriften verbreitet. Salazar hielt es zunächst dennoch nicht für nötig, dazu Stellung zu nehmen, sondern schickte einen Juristen der „Nationalen Union“ vor. Manuel Anselmo verfaßte eine 78seitige Streitschrift „Über die Wahlerklärung Sr. Hochwürdigsten Exzellenz des Herrn Bischofs von Porto“, die innerhalb von drei Wochen in zwei Auflagen erschien. Sie atmet ganz den Geist der *Action Française*, jener Ideologie, die Cerejeira in einer Buchveröffentlichung bereits 1928 und in Neuauflage 1944 als unchristlich verurteilt hat („*Cartas aos Novos*“, Coimbra 21944, S. 63 ff.). Der Bischof wird im Pamphlet Anselmos der Verbreitung kommunistischer Hetztiraden bezichtigt, und der Kirche wird grundsätzlich das Recht abgesprochen, ihrer Soziallehre im öffentlichen Raum Geltung zu verschaffen. Auf diese letztere Frage hat sich die seither begonnene Auseinandersetzung konzentriert.

Die Rede Salazars

Nachdem die Diskussion immer breitere Kreise zog, konnte Salazar eine eigene Stellungnahme nicht mehr länger vermeiden. Er formulierte sie in aggressiver Form Anfang Dezember 1958 vor dem neuen Zentralkomitee der *União Nacional*: „ . . . Einige Katholiken brüsten sich, die nationale Front zerbrochen zu haben. Mit dieser Gewandtheit erhielten sie den Beifall nicht nur der Liberalen, mit denen sie sich in ihrem parteiischen Anspruch verbrüdeten, sondern auch der Kommunisten, von denen man wohl sagen kann, daß sie zu den Grundsätzen und Interessen der Kirche den Gegenpol bilden. Diese letztere Tatsache halte ich für außerordentlich schwerwiegend, nicht nur durch das Ausscheiden einzelner aus der nationalen Front, sondern durch die bei vielen ausgelöste Gewissensverwirrung hinsichtlich ihrer religiösen und politischen Haltung. Ich brauche mich heute nicht näher mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen; sie schließt solche Konsequenzen für das Konkordat und die künftigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in sich, daß ich in der Öffentlichkeit lieber völliges Stillschweigen bewahren möchte. Wir kennen die Lehre der Kirche und zweifeln nicht, daß die zuständigen Autoritäten sie soweit nötig in Erinnerung rufen und dafür sorgen werden, daß sie in den Instanzen, wo sie übertreten wurde, in voller Treue eingehalten wird. Es wäre für mich, der ich zur religiösen Befriedung und zur Freiheit der Kirche in Portugal . . . in den letzten dreißig Jahren einiges beigetragen habe, äußerst peinlich, wenn ich darin Änderungen anbringen und im Namen einer in ihrem Bereich gleichermaßen legi-

timen Gewalt die Grenzen abstecken müßte, die im nationalen Interesse unter allen Umständen einzuhalten sind.“ In ähnlich verklausulierten Verdächtigungen und Drohungen (sonst gar nicht Salazars Stil) ging die Rede weiter. Daß Salazar in erster Linie den Bischof von Porto meinte, war freilich jedermann klar. Zugleich war ein führender katholischer Laie aufs Ziel genossen: Lino Neto, der Leiter eines katholischen Studienzentrums, der vor der Wahl eine politische Liberalisierung und die Möglichkeit zum Aufbau einer christlich-demokratischen Bewegung gefordert hatte.

Die Antwort Kardinal Cerejeiras . . .

Schon einige Tage vorher hatte Kardinal Cerejeira zum 25-Jahr-Jubiläum der Katholischen Aktion Portugals (ACP) eine Rede gehalten, die als indirekte und vermittelnde Antwort sowohl auf den Brief des Bischofs Ferreira wie auf die Rede Salazars gelten kann. Er erläuterte das Wesen der Katholischen Aktion und ihre absolut unpolitische, keiner Partei — auch nicht einer etwaigen christlichen — verhaftete Aktivität. Sie sei und beabsichtige auch keine soziale Aktion im zeitlichen Sinn. „Es wäre eine Form von Klerikalismus, mit der Autorität der Kirche Bereiche zu decken, für die sie weder die Fähigkeit noch die Berufung hat.“

Das konnte als Erwiderung auf die vier Fragen Ferreras gelten, in denen die Kirche bzw. Katholische Aktion in allzu engen Zusammenhang mit politisch-sozialer Tätigkeit von Katholiken gebracht worden waren. Der Patriarch fuhr freilich fort: „Es bleibt aber der Raum, ja die Notwendigkeit für eine soziale Aktion aus christlichem Geist — dies als soziale Aktion im eigentlichsten Sinn. Die Christen dürfen nicht fehlen; im Gegenteil ist ihre Beteiligung in den sozialen und politischen Aufgaben des staatlichen Bereichs durch das kirchliche Lehramt wiederholt und eindringlich gefordert worden. Aber diese Aktion zum Aufbau des Gemeinwesens, zur Verwirklichung des Gemeinwohls ist nicht mehr Katholische Aktion, sondern Aktion von Katholiken.“

Wenige Tage nach der Rede Salazars brachte die kirchenoffizielle, von Msgr. A. Avelino Gonçalves herausgegebene Tageszeitung „Novidades“ (11. 12. 58) noch einen groß aufgemachten Leitartikel „Kirche und Staat“, der die von Salazar praktisch angemeldete Forderung auf eine kirchliche Einheitsfront zu seiner Stützung unmißverständlich zurückwies und die Rechte der in ihrer politischen Haltung freien Katholiken hervorhob.

In seiner traditionellen Weihnachtsbotschaft über den Rundfunk griff der Patriarch diese Gedanken nochmals auf, in dem er das Wesen des Staates und das Wesen der

Kirche analysierte und zur Zusammenarbeit unter dem Herrn und Heiland Jesus Christus aufrief. „Die zeitliche Macht und die geistliche Macht sind beide zu Diensten des Menschen eingesetzt, aber diese gibt jener das Licht und die Gnade Christi . . . Die irdische Ordnung hat aus sich selbst nicht die geistigen Prinzipien, die das menschliche Handeln in die rechte Bahn leiten. In diesem Sinn kann man sagen, daß die geistliche Ordnung über die zeitliche richtet und nicht umgekehrt.“

. . . und des ganzen Episkopats

Das ganze Land war inzwischen so in Unruhe geraten, daß die im Januar 1959 in Lissabon versammelten Bischöfe ein gemeinsames Hirtenwort — das erste gemeinsame seit vielen Jahrzehnten — herausgaben, das erneut alle diese Klarstellungen enthält. Es heißt darin: Persönlich und als Bürger sind die Katholiken völlig frei, und ihre konkrete Haltung im politischen Bereich untersteht ihrer alleinigen Initiative und Verantwortung. Die Kirche ist Mutter der Reichen und der Armen, aber sie liebt in besonderer Weise die Bedürftigen, die nach Brot und Gerechtigkeit Hungernden, die Nahrung- und Wohnungsuchenden, die heroisch nach Gottes Gebot lebenden Familien. Sie bringt ihnen nicht nur die Botschaft der Liebe und der Erlösung, sondern ermuntert und segnet auch jedes Werk menschlichen Fortschritts, wie es diese Botschaft fordert. Aber die kirchliche Hierarchie bleibt außerhalb der politischen Fragen und Fronten. Es habe in Portugal nicht an Leuten gefehlt, die der Kirche eine zu enge Bindung an die „Situação“ vorwerfen, aber ebensowenig an solchen, die von der Kirche nach den ihr gewährten Benefizien eine unmittelbare Intervention *zugunsten* dieser „Lage“ fordern. „Sie unterliegen alle der gleichen Verwirrung: sie verwechseln die Mission der Kirche, die sich nur auf den Bereich der Religion und der Sittlichkeit erstreckt, mit einer Mission der politischen Vormundschaft über den Staat oder der Unterordnung unter ihn. Beides wäre gegen die Natur der Kirche.“ Die übrigen Abschnitte des Hirtenbriefes enthielten Wegweisungen für die Katholische Aktion und ein religiöses Programm für die am 17. Mai stattfindende Einweihung der Christkönigsstatue am Ufer des Tejo über Lissabon.

Auch aus den überseeischen Provinzen Portugals werden kritische Stellungnahmen des Episkopats gemeldet. Ein gemeinsamer Weihnachtshirtenbrief der Bischöfe von Angola forderte 1958 für die Eingeborenen die freie Wahl des Arbeitsplatzes unter Berücksichtigung ihrer familiären Zusammengehörigkeit, führte Klage gegen Kinderarbeit und erinnerte die begüterte Oberschicht an ihre vielfach versäumten sozialen Pflichten.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Schrift und Tradition

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen den zwei Quellen, aus denen die Normen für Glauben und Leben des Christen entspringen, ist von der Theologie noch nicht konkret bis ins einzelne beantwortet. Diese Frage rührt an die Fundamente des christlichen Glaubens. Wenn es außer dem reinen Text der Schrift keine irgendwie gül-

tige Norm gäbe, wie könnte man von der Verbindlichkeit und gar der Inspiration der Schrift eine sichere Überzeugung gewinnen, und wie könnte man ihre Worte gegen offenkundig willkürliche Auslegungen sichern? Wie könnte man ferner jene grundlegenden Glaubenswahrheiten rechtfertigen, die auf den ersten Konzilien formuliert wurden und die doch zum Glaubensbestand aller christlichen Konfessionen gehören? Andererseits —